



HESSISCHER LANDTAG

19. 01. 2010

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Diffamierung von Arbeitssuchenden durch Ministerpräsident Koch zurückweisen

Der Hessische Ministerpräsident Roland Koch hat in seiner Amtszeit schon wiederholt versucht, von den Misserfolgen seiner Regierung oder seiner Partei mit markigen Worten und Vorschlägen abzulenken. Zu nennen sind die jüdischen Vermächtnisse, die von der wirklichen Herkunft der CDU-Spenden ablenken sollten und dann "brutalstmöglich" vernebelt wurden. Im Wahlkampf 1999 waren es die "Ausländer" an sich, im Wahlkampf 2008 angeblich häufiger kriminelle Jugendliche mit Migrationshintergrund, die die Rolle des "Prügelknaben" übernehmen sollten. In dieser Tradition steht der jetzt geäußerte Vorschlag einer Arbeitspflicht für Langzeitarbeitslose. Dabei geht es Koch nicht um die Sache, sondern um Spaltung der Gesellschaft und Profilbildung für den rechten Rand. Denn die Fakten sprechen eine deutlich andere Sprache.

Nach repräsentativen Betriebsbefragungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung waren im 3. Quartal 2009 in Deutschland 832.000 offene Stellen bundesweit zu verzeichnen. Dieses Stellenangebot ist das gesamtwirtschaftlich zu verzeichnende Angebot an offenen Stellen und beinhaltet auch Stellen, die nicht bei den Arbeitsagenturen gemeldet sind.

Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 3.423.000 Menschen als arbeitslos gemeldet, darunter sind 2.229.000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos, also Langzeitarbeitslose. Von diesen sind nach Angaben der Bundesarbeitsministerin z.B. allein 600.000 alleinerziehende Mütter und Väter, deren größtes Vermittlungshemmnis die mangelnde Kinderbetreuung ist.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt die Äußerungen des Hessischen Ministerpräsidenten Koch, wonach niemand das Leben von Hartz IV als "angenehme Variante" ansehen dürfe und es kein funktionierendes Arbeitslosenhilfe-System geben könne, das nicht auch ein Element von "Abschreckung" enthalte, aufs Schärfste.
2. Der Landtag stellt fest, dass diese Äußerungen angesichts der derzeitigen Situation auf dem Arbeitsmarkt eine Verhöhnung von Arbeitssuchenden darstellen. Da die betroffenen Menschen keine Chance haben, einen Arbeitsplatz zu bekommen, ist eine derartige Beschimpfung, die sie als "arbeitsscheue Faulenzer" und "Schmarotzer" darstellt, unerträglich und blanker Zynismus
3. Der Hessische Landtag bedauert, dass es dem Hessischen Ministerpräsidenten nicht um die Sache geht, sondern offenkundig um Selbstdarstellung und das Bedienen von Stammtischparolen. Eine Verpflichtung, jede Arbeit, die nicht sittenwidrig ist, anzunehmen, gibt es im SGB II ohnehin schon. Viele, gerade gering Qualifizierte, finden aber keinen Arbeitsplatz, weil diese Arbeiten wegrationalisiert wurden. Mit "Abschreckung" und "Arbeitspflicht" sind weder zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen noch können die Qualifikation von Arbeitssuchenden oder ihre Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt verbessert werden.

4. Der Hessische Landtag bedauert, dass der Hessische Ministerpräsident einen substanziellen Lösungsvorschlag für die Probleme am Arbeitsmarkt schuldig geblieben ist. Wenn es zu erledigende Aufgaben gibt, für die der Hessische Ministerpräsident die Arbeitskraft von Menschen einsetzen will, so müssen entsprechende sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, statt durch Arbeitspflicht in zusätzliche Konkurrenz mit den regulären Beschäftigungsangeboten zu treten.
5. Der Hessische Landtag stellt fest, dass über 1,3 Millionen Empfänger von Leistungen nach Hartz IV als sog. Aufstocker bereits einer Beschäftigung, zum Teil in Vollzeit, nachgehen.

Die massive Ausweitung von Beschäftigung im Niedriglohnsektor ist nicht durch höhere Zuverdienstmöglichkeiten zu ändern, sondern nur durch die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns, der durch die Union massiv bekämpft wird.
6. Der Hessische Landtag fordert den Hessischen Ministerpräsidenten auf, sich für seine ungerechtfertigten Beschimpfungen und haltlosen Forderungen bei den betroffenen Menschen zu entschuldigen. Langzeitarbeitslose sind gezwungen, von den geringen Regelsätzen der Grundsicherung leben zu müssen. Sie haben aber wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch darauf, würde- und respektvoll behandelt zu werden. Sie dürfen nicht demütigenden Vorwürfen von verantwortlichen Politikern schutzlos ausgesetzt sein. Aufgabe der Gemeinschaft ist es, für alle Menschen die Chance, ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten, zu verbessern.
7. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die unverantwortlichen Äußerungen des Hessischen Ministerpräsidenten offenbar Teil eines zynischen taktischen Spiels mit verteilten Rollen innerhalb der CDU sind, ohne Rücksicht auf die betroffenen Menschen

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. Januar 2010

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel